

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 3.00 Mk. monatlich...

Vorwärts

Die Interfions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gesellschaftliche...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 12. August 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Lebhafte Kampftätigkeit der deutschen Marine.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 11. August 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Souchez wurde ein französischer Handgranatenangriff abgeschlagen.

Bei Courcy nördlich von Reims versuchten die Franzosen einen von ihnen vor unserer Front gesprengten Trichter zu besetzen. Sie wurden daran gehindert, der Trichter wurde von uns in Besitz genommen.

Unsere Infanterie wies am späten Abend einen Angriff am Lingekopf ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Schwächliche Vorstöße, die die Russen in den letzten Tagen längs der Straße Riga-Mitau machten, wurden leicht abgewiesen. Sonst nördlich des Njemen keine Veränderungen.

Ein Angriff starker russischer Kräfte aus Rowo her aus scheiterte. Die Zahl der dort seit dem 1. August gefangenen Russen erhöhte sich auf 2116, die der Maschinengewehre auf 16.

Ostlich von Lomza bringen unsere Truppen gegen die Bobr-Karew-Linie vor. Der Gegner hält noch im Rückenlopf bei Wigna.

Südlich von Lomza weicht die ganze russische Front. Die stark ausgebaute Czermow-Vorstellung konnte vom Feinde nicht gehalten werden. Unsere verfolgenden Armeen überschritten den Czermow-Vor und bringen östlich desselben vor. Der Bahnhauptpunkt südöstlich von Ostrow wurde genommen.

Ostlich von Rowo-Georgiewsk wurde das vom Feinde geräumte Fort Benjamin besetzt. Die Festungen Rowo-Georgiewsk und Wresch-Litowsk wurden von unseren Luftschiffen mit Bomben belegt.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die verbündeten Truppen erreichten in scharfer Verfolgung mit linkem Flügel die Gegend von Kaluczyn; auf dem rechten Flügel stürmte die Armee des Generalobersten v. Bopysch heute früh die feindlichen Nachhutstellungen beiderseits Jedlanka (westlich von Lukow), es wurden über 1000 Gefangene gemacht.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackenien.

Die verbündeten Truppen sind im Angriff gegen feindliche Stellungen hinter den Abschnitten der Bystryzha (südwestlich von Radzyn), der Tymienica (westlich von Parzew) sowie in der Linie Ostrow-Mhrusk. Am oberen Bug und an der Blota-Lipa ist die Lage unverändert.

Während die Russen auf ihrem langen Rückzuge aus Galizien und dem eigentlichen Polen die Wohnstätten und die Erntefrüchte überall in sinnlosester Weise zu vernichten suchten, — was ihnen allerdings bei der Eile, mit der sie sich bewegen mußten, häufig nur lückenhaft gelang — haben sie diese Tätigkeit jetzt, wo sie in nicht mehr von rein polnischer oder ruthenischer Bevölkerung bewohnte Gegenden gelangt sind, eingestellt.

Oberste Heeresleitung.

Deutsche Vorstöße in der Ost- und Nordsee.

Berlin, 11. August. (W. Z. B.) Am 10. August griffen unsere Ostseestreitkräfte die an der Einfahrt zu dem Alandsarchipel liegende befestigte Schäreninsel Utö an. Sie zwangen durch ihre Feuer die in der Einfahrt stehenden russi-

schen Streitkräfte, unter ihnen einen Panzerkreuzer der Makaroff-Klasse, zum Rückzug und brachten die feindliche Küstenbatterie durch eine Anzahl guter Treffer zum Schweigen.

Am gleichen Tage trieben andere deutsche Kreuzer russische Torpedoboote, die sich bei Bezel, am Eingang zum Rigaischen Meerbusen, gezeigt hatten, in diesen zurück. Auf einem feindlichen Torpedobootszerstörer wurde ein Brand beobachtet.

Unsere Schiffe wurden wiederholt von feindlichen Unterseebooten angegriffen. Sämtliche auf sie abgeschossene Torpedos gingen fehl.

Unsere Schiffe erlitten weder Beschädigungen noch Verluste.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes der Marine gez. Behnde.

Amtlich. Berlin, 11. August. (W. Z. B.) Nach kühnem Durchbruch durch die feindlichen Bewachungsstreitkräfte hat S.M. Hilfschiff „Meteor“ an verschiedenen Stellen der britischen Küste Minen geworfen und sodann Handelskrieg geführt.

In der Nacht vom 7. zum 8. August stieß er südöstlich der Orkneyinseln auf den britischen Hilfskreuzer „Thetis“, griff ihn an und vernichtete ihn, wobei er vierzig Mann der Besatzung, darunter vier Offiziere, retten konnte. Am folgenden Tage wurde er von vier britischen Kreuzern gestellt, da ein Kampf ausichtslos und ein Entkommen unmöglich war, versenkte der Kommandant sein Schiff, nachdem die Besatzung, die englischen Gefangenen und die Mannschaft eines als Prise versenkten Seglers geborgen worden waren. Die gesamte Besatzung des „Meteor“ hat wohlbehalten einen deutschen Hafen erreicht.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes der Marine gez. Behnde.

„Meteor“ war ein als Minenschiff ausgerüsteter Handelsdampfer mittlerer Größe.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 11. August. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht. 11. August 1915 mittags.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die über den Wieprz vorgehenden österreichisch-ungarischen Truppen vertrieben gestern den Feind aus der Gegend nordwestlich von Kost und setzten die Verfolgung in nordöstlicher Richtung fort. Zwischen der oberen Tymienica und dem Bug, wo die Russen in der Linie Ostrow-Mhrusk neuerlich festen Fuß gefaßt haben, ist der Angriff der Verbündeten im Gange. Sonst im Nordosten nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Artillerie- und Angriffstätigkeit der Italiener an der Küstenländischen Front nahm gestern wieder an Umfang zu. Am Rande des Plateaus von Dobers griffen stärkere feindliche Kräfte unsere Stellungen östlich von Montelcone an. Diese verblieben nach erbitterten Kämpfen ausnahmslos in unserem Besitz. Der abgeschlagene Gegner erlitt namentlich durch flankierendes Geschützfeuer schwere Verluste. Zwei Angriffe gegen den nach Westen vorspringenden Plateauteil wurden schon durch unsere Artillerie erstickt. Gegen den Goerzer Brückenkopf versuchten sich die Italiener bei Penza an die Hindernisse heranzuarbeiten; hier wurden sie mit Handgranaten vertrieben. Ein in der Dunkelheit bei Zagora (südöstlich Pava) angelegter feindlicher Angriff mißlang ebenso wie der vorgestrige. — Im Rätiner und Tyroler Grenzgebiet ist die Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Häfer, Feldmarschallsleutnant.

Der Kanzler und die national-liberalen Sicherheiten.

Erster Akt. Auf einem Provinzialparteitag oder irgend-einer anderen Veranstaltung, die den Vorwand zu einem Festessen abgibt, halten ein paar nationalliberale Führer schwingvolle Reden, in denen sie — immer unter stürmischem Beifall — in der einen oder anderen Richtung so etwas wie ein positives Programm entwickeln und mit scharfer Kritik an der Regierung nicht sparen.

Zweiter Akt. Die amtliche „Nationalliberale Korrespondenz“ erscheint auf dem Plan und beteuert, daß die Führer keineswegs im Namen der Partei gesprochen hätten, der nichts ferner liege, als dem leitenden Staatsmann Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Mehrere nationalliberale Tageszeitungen bestreiten der parteiamtlichen Korrespondenz die Legitimation zur Abgabe einer solchen Erklärung.

Dritter Akt. Die rheinisch-westfälischen Nationalliberalen verfluchen je nach den Umständen die Festredner oder die Hintermänner der „Nationalliberalen Korrespondenz“. Die pommerschen Nationalliberalen sprechen unter allen Umständen dem erprobten und bewährten Führer Wassermann ihr volles Vertrauen aus.

Vierter Akt. Beschwichtigungsräte mahnen zum Frieden und zur Einigkeit. Die einen hätten Recht und die anderen nicht Unrecht, und es stehe die Konferenz einer Parteiinstanz bevor, die alles ins Reine bringen werde.

Fünfter Akt. Die Parteinstanz (Parteitag, Vorstand, geschäftsführender Ausschuß usw.) tritt zusammen. Wassermann referiert. Eine lebhafte Diskussion entspinnt sich. Nach Stresemann wird die Debatte geschlossen. Eine Resolution verkündet absolute Einmütigkeit. Festsetzen. Treuschwürde für Wassermann, Stresemann, Fuhrmann, Keesmann und alles, was sonst noch an Männern vorhanden ist.

Das war so das Schauspiel, das uns die nationalliberale Partei in den letzten Jahren vor dem Kriege mit etwas ermüdender Eintönigkeit immer wieder darbot. Im August 1914 wurde die Bühne geschlossen: Anfang August 1915 jedoch ist sie wieder eröffnet worden, und die vier ersten Akte, die wir bisher genossen haben, lassen die bestimmte Vermutung zu, daß die Geschichte wieder ganz ähnlich ausgehen wird, wie in den vergangenen besseren Zeiten. Auch die Spieler sind im großen und ganzen dieselben geblieben. Nur das Thema, um das man sich streitet, und über das man sich nach aller Wahrscheinlichkeit schließlich einigen wird, ist den Zeitverhältnissen angepaßt worden.

Es lautet „Bethmann und die Kriegsziele.“ Eigentlich soll darüber nicht gesprochen werden. Aber — verbiete du dem Seidenwurm, zu spinnen — Wassermann, Stresemann und Fuhrmann sprechen doch darüber und schreiben darüber, und der eine bringt mit mehr, der andere mit weniger Deutlichkeit die Besorgnis zum Ausdruck, der gegenwärtige Reichskanzler sei der Situation nicht gewachsen, d. h. er könne sich als zu schwach erweisen, um, was die „Sicherheiten“ angeht, den berechtigten Forderungen des Volkes — will sagen des nationalliberalen Volkes — Erfüllung zu bringen. Wie diese „berechtigten Forderungen“ beschaffen sind, ergibt sich am besten aus der Tatsache, daß die „Alldeutschen Blätter“ dem Programm des Herrn Wassermann beispielsweise nichts hinzuzufügen haben.

Aber die „Nationalliberale Korrespondenz“ ist von den Ausführungen der drei genannten Parteiführer leise abgerückt. In der nationalliberalen Parteileitung sei von einem Mißtrauen gegenüber den leitenden Stellen im Reich nicht das mindeste bekannt. Die Verhandlungen des demnächst zusammentretenden Zentralvorstandes würden darüber volle Klarheit bringen usw.

Was bedeutet diese Erklärung? Zunächst ist die Kompetenz des amtlichen nationalliberalen Organs von anderer Seite wieder in der üblichen Weise bestritten worden. Aber ganz davon abgesehen — kann das Communiqué so aufgefäßt werden, als ab die Partei ganz oder in beträchtlichen Teilen mit den Kriegszielen des Herrn Wassermann, Major der Landwehrkavallerie, nicht einverstanden sei? Das anzunehmen wäre ein verhängnisvoller Irrtum. Es mag da Schattierungen geben. Die rheinisch-westfälischen Schwerindustrie-Liberalen hegen sicher weitergehende Wünsche als die Nationalliberalen aus dem Lager der verarbeitenden Industrie und des Handels. Aber im Prinzip sind sie alle für die Schaffung der „Sicherheiten“ im Sinne des „bewährten und erprobten“ Führers, und ernstliche Meinungsverschiedenheiten bestehen höchstens darüber, ob das Ziel mit Bethmann oder gegen ihn zu erreichen ist.

Um das zu verstehen, müssen wir uns daran erinnern, daß vor einigen Monaten in nationalliberalen Kreisen einmal — ganz akademisch natürlich — die Frage diskutiert wurde,

ob nicht die Schaffung eines Koalitionsministeriums das Gebot der Stunde sei. Wer damals seinen Namen auf die im stillen Kämmerlein entworfene Ministerliste setzte, hat zu der gegenwärtigen Regierung sehr geringes Vertrauen. Wer nicht soweit kam, sieht nicht ein, warum man Bethmann Schwierigkeiten machen solle und weist darauf hin, daß doch auch der Kanzler scharf genug die Notwendigkeit der „Sicherheiten“ betont habe, und daß die Proklamation des Kaisers, die selbstverständlich die Zustimmung des verantwortlichen Ministers besitze, keinen Zweifel zulasse. Und überhaupt vertritt es sich nicht mit dem Wesen des Nationalliberalismus, Opposition zu machen, und gar in einer so schweren Zeit wie der jetzigen Ministerstürzerei zu treiben, wäre mit der Loyalität einer in jeder Beziehung staatsbehaltenden Partei schlechterdings unvereinbar. Sogar die freikonservative „Post“ veröffentlicht eine Zuschrift, in der dem Kanzler das Zeugnis ausgestellt wird, daß seine Neben- und unterstellbaren Charakter positiver Ziele von einer Umschreibung tragen, wie sie besser unter den obwaltenden Verhältnissen, insbesondere nach Wahlgabe einer militärisch noch nicht entschiedenen Lage kaum gekennzeichnet werden konnte, und sie fügt hinzu, daß auch durch private Äußerungen diese Ziele nicht abgeschwächt worden seien. Mehr Misstrauen als die Freikonservativen brauchen die Nationalliberalen doch schließlich auch nicht in die nationale Zuverlässigkeit des Herrn v. Bethmann-Hollweg zu setzen.

So können wir denn in Ruhe die angekündigte Parteivorstandssitzung abwarten. Die einen werden da dem Begriff der „Sicherheiten“ eine geographisch und politisch etwas weitere, die anderen eine etwas engere Auslegung geben. Die einen werden einige Theaterblitze gegen die Regierung schleudern, die anderen werden sie ein wenig verteidigen. Am Ende aber wird man sich auf eine Resolution einigen, die die jetzt unterstrichene Notwendigkeit selbständiger Orientierung mit den Pflichten braver Interuzien in einer höheren Einheit veröhnt. Man wird die Formulierungen Bismarcks akzeptieren und höchstens wird dieser oder jener für sich den Vorbehalt machen, daß er unter den Sicherheiten nicht ganz dasselbe versteht wie die großen Wirtschaftsbünde. Diesen Vorbehalt aber wird er sorgfältig im Schreine seines Herzens bewahren, und Herr v. Bethmann wird in jedem Fall die Resolution als eine dringende Mahnung auffassen dürfen, entschlossen und rücksichtslos den Weg zu gehen, den der Major der Landwehrkavallerie und General der nationalliberalen Partei einem amtierenden Staatsmann in dieser Stunde vorschreibt.

Die Nationalliberalen und der Reichskanzler.

Der „Vossischen Zeitung“ wird von nationalliberaler Seite mitgeteilt, daß es sich bei der vom Vossischen Bureau gemeldeten „Zusammenkunft führender Persönlichkeiten der nationalliberalen Partei, hauptsächlich Reichs- und Landtagsabgeordneter“, um eine Besprechung von sieben Mitgliedern der nationalliberalen Partei, darunter sechs Abgeordneten, gehandelt hat, zu der der Reichskanzler in seine Wohnung eingeladen hatte.

Im „Deutschen Kurier“ veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Dr. Böhm eine scharfe Artikel für Bismarck, Fuhrmann und Stresemann und gegen den Reichskanzler.

Weiter bringt das Blatt folgende bemerkenswerte Notiz:

„Es ist vielfach die Meinung verbreitet, daß zu der Besprechung beim Reichskanzler, über die das Vossische Telegraphen-Bureau gestern berichtete, die nationalliberalen Fraktionen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses eingeladen gewesen seien. Demgegenüber ist die nationalliberale „Vergisch-Märkische Zeitung“ in der Lage festzustellen, daß an der Konferenz insgesamt sieben Herren, darunter sechs Parlamentarier, teilgenommen haben, und das ohne Wissen der Fraktionen bzw. der Fraktionsvorstände.“

Zum Streit im nationalliberalen Lager.

Den „Westf. Vol. Koch.“, der nationalliberalen Korrespondenz für Westfalen, entnehmen wir folgende in mehrfacher Hinsicht interessante Auslassung:

„Als auf Anregung des Abgeordneten Schiffer, unter dem Vorsitz des Geheimrats Kahl, die „Freie Vaterländische Vereinigung“ gegründet wurde, stellte man es als ihre Aufgabe hin, das vaterländische Empfinden, das jetzt alle Volksgenossen befeuert, durch die Dauer des Krieges hindurch und auch in kommenden Friedenszeiten als das gemeinsame Fundament aller politischen Betätigung zu erhalten.“

Es hat Zweifel gegeben, die in einer von unklaren Gefühlsworten getragenen Bewegung, ohne gemeinsame sachliche Grundlagen und ohne konkrete, deutlich umschriebene Ziele, eher eine Gefahr, als einen Vorteil für unser künftiges politisches Leben erblickten. Ihre Besorgnis scheint uns heute nicht unbegründet zu sein. Kann für unser nationales Leben ein bedeutungsvoller Moment gedacht werden, als der heutige? Niemals wieder lag für die Freie Vaterländische Vereinigung eine Aufgabe näher, niemals wieder war für sie ein Ziel losender, als zu versuchen, diese verschiedensten nationalen Quellbäche zu einem Ströme in ein einheitliches Bett zu leiten, um einen einzigen nationalen Willen für das künftige größere und stärkere Deutschland zu schaffen!

Wir haben vergebens auf die Stimme der Freien Vaterländischen Vereinigung gewartet. Wir sahen sie in Weimar tagen und entnehmen einigen zu ihrem Lobe geschriebenen Artikeln lediglich, daß man beabsichtige, „Staatsmännern“ die Möglichkeit der freien Rede ohne die unbequeme Debatte der Volksversammlung zu geben, sowie in Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine durch Sachkenntnis nicht belastete Entscheidung zu fällen. Aber um das gegenwärtige ungeheure Ringen und um seine über unsere Zukunft entscheidenden Ergebnisse zu haben, vielleicht fühlte die Freie Vaterländische Vereinigung durch Rücksicht auf ihre leitenden Männer sich gebunden. Gemeinsam mit den Herren Hans Delbrück, Dernburg und Fürst Sayfeld hat der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Geheimrat Kahl, Unterschriften für eine Eingabe an den Reichskanzler gemacht, worin denen, die unsere Ost- und Westmark durch Gebietserweiterungen die künftige Wiederholung der jetzt erlebten Kriegsgreuel ersparen wollen, die Fehde angesagt wird, nach dem „Grundsatz, daß die Einberaubung oder die Angliederung politisch selbständiger und an Selbständigkeit gewöhnter Völker zu verwerfen ist.“

Es wird deshalb die Frage erlaubt sein: Ist die Freie Vaterländische Vereinigung zu dem Zwecke gegründet worden, um unumwundene Sentimentalitäten im deutschen Volke in noch größerem Maße zu verbreiten, als sie bereits vor dem Kriege allzusehr zu beflagen waren?

Der Seekrieg. Vom U-Bootkrieg.

Amsterdam, 11. August. (W. Z. V.) Wie Flohds aus London melden, ist die russische Bark „Altegar“ versenkt worden. Ein Boot mit dem Kapitän und zehn Mann der Besatzung ist gelandet. Der englische Dampfer „Rosalie“ ist gestrandet; die Besatzung ist gerettet.

Zum Untergang des „Meteor“.

Svendborg, 10. August. (W. Z. V.) „Svendborg Amts Dagblad“ zufolge teilte der Kapitän des Schoners „Jason“ über den Untergang des „Meteor“ folgendes mit: Der Schoner „Jason“, von Fallenberg nach Granton mit Grubenbölzern unterwegs, wurde am Montagmorgen vor Horns Riff von dem deutschen Hilfskreuzer „Meteor“, der die ganze Besatzung aufnahm, in Brand gesetzt. Kurz darauf stieß der „Meteor“ auf eine Mine und wurde von einem englischen Torpedo getroffen und flog in die Luft.

(Anmerkung des W. Z. V.: Diese angebliche Mitteilung des Kapitäns beruht auf einem Irrtum. Der „Meteor“ wurde durch seinen Kommandanten, wie aus dem deutschen amtlichen Bericht hervorgeht, versenkt, als er sah, daß ein Kampf mit vier ihn stellenden englischen Kreuzern aussichtslos war.)

Alle an Bord Befindlichen erzählten den dänischen Seeleuten, daß sie den „Meteor“ am Sonntag getroffen hätten. 65 Mann der „Ramsen“ sollen ertrunken sein, 48 von ihnen wurden an Bord des „Meteor“ gebracht. Später wurde der „Meteor“ von englischen Schiffen verfolgt; als der Hilfskreuzer die Unmöglichkeit zu entkommen einsah, hielt er ein schwedisches Schiff an und setzte die Dänen und Engländer und einen Teil der deutschen Besatzung an dessen Bord, worauf „Meteor“ zum Sinken gebracht wurde. Das schwedische Schiff setzte seinen Kurs nach Esbjerg. Später wurden die sechs Dänen in ein Boot gesetzt, worauf das schwedische Schiff dem Vernehmen nach in südlicher Richtung weiterfuhr.

Englischer Torpedobootszerstörer gesunken.

London, 11. August. (W. Z. V.) Die Admiralität meldet: Der britische Torpedobootszerstörer „Dyng“ ist in der Nordsee auf eine Mine gelaufen und gesunken. Vier Offiziere und 22 Mann konnten gerettet werden.

Vom Angriff der Zeppeline.

London, 11. August. (W. Z. V.) Amtlich wird gemeldet: Ein Geschwader feindlicher Luftschiffe besuchte in der letzten Nacht die Ostküste. Einige Brände wurden durch Brandbomben verursacht, aber schnell gelöscht. Kein Materialschaden. 13 Personen sind tot, 12 Personen verwundet. Ein Luftschiff wurde durch Artilleriefeuer vom Lande her beschädigt. Es wird berichtet, daß das Luftschiff heute früh nach Ostende geschleppt worden ist.

Amerikanische Antwort auf die österreichische Note.

Washington, 11. August. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Regierung hat auf die österreichisch-ungarische Note eine Antwort nach Wien ergehen, in der die Darstellung, als ob die Ausfuhr von Munition an die Alliierten mit der amerikanischen Neutralität nicht vereinbar sei, zurückgewiesen wird.

Westlicher Kriegsschauplatz. Der französische Tagesbericht.

Paris, 10. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von 3 Uhr nachmittags. Im Artois nördlich der Eisenbahnstation Souchez unternahmen die Deutschen heute nacht zwei Angriffe mit Petarden. Sie wurden durch unser Feuer in ihre Schützengräben zurückgeworfen. In den Argonnen im Westteil des Waldes Geschütz- und Gewehrfeuer ohne Infanteriegefecht. Kämpfe mit Bomben und Granaten im Bauquois. Im Priesterwalde griff der Feind nach heftigem Bombardement gestern abend gegen 8 Uhr unsere Schützengräben im Gebiet von Croix des Carmes an. Er wurde durch unser Sperrfeuer angehalten. In der Nacht wurde ein neuer, von einem Bombardement mit Granaten, die erstickende Gase entwickelten, begleiteter Angriff gleichfalls durch unsere Artillerie angehalten. In Lothringen wurde eine vom Feinde gegen den Bahnhof und die Mühle von Roncel gerichtete Patrouille leicht zurückgeworfen. In den Vogesen war die Nacht ruhig.

Paris, 11. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Der heutige Tag war ruhig. Man meldet nur Artilleriekämpfe im Artois, im Aisneal (Gebiet von Trohon), an den Rändern der Argonnen und im Walde von Apremont. Vier der Flugzeuge, die an dem Bombardement von Saarbrücken teilgenommen hatten, sind nicht in unsere Linien zurückgekehrt. Von einem derselben wird gemeldet, daß es in der Schweiz bei Payerne (Kanton Waadt) gelandet sei.

Klagen über mangelnde französische Offensive.

Paris, 11. August. (W. Z. V.) Die sozialistische Presse drückt ihren Unwillen darüber aus, daß auf der französischen Front in den letzten drei Monaten nichts unternommen wurde, außer der mißglückten Artoisoffensive, um der russischen Armee in ihrer schwer bedrängten Lage durch Gegenaktionen zur Hilfe zu kommen. — „Humanité“ stellt fest, die Desterreicher und Deutschen hätten überall im Westen und im Osten den Heeresleitungen der Alliierten ihren Willen aufgezwungen. Man müsse dem deutsch-österreichischen Plan einen Gegenplan entgegenstellen. Dieser Gegenplan müsse auch von der Öffentlichkeit erlangt werden können, damit das Vertrauen in den Endsieg weiter erhalten bleibe. Frankreich empfinde ein großes Bedürfnis nach solcher Klarheit und erwarte, daß die Regierung seinen Wünschen Rechnung tragen werde. Ähnlich äußert sich Gustave Hervé in der „Guerre Sociale“, welcher ebenfalls die Untätigkeit der Heeresleitung der Alliierten erklärlich findet. Die Untätigkeit sei anscheinend dadurch begründet, daß im Heer irgend etwas nicht in Ordnung sei. Die Regierung sei dazu da, die Stelle aufzubeden, wo es hapere, denn man brauche nicht das Genie eines Napoleon, um nach Monaten trauriger Erfahrungen zu erkennen, daß diese oder jene Taktik nicht die erwünschten Er-

gebnisse zeitigt habe. Wenn die Regierung die schwache Stelle nicht finden könne, so könnte sie vielleicht die Öffentlichkeit in diskreter Weise auf den richtigen Weg bringen, falls die Regierung sich dazu bereit finde, die Öffentlichkeit nicht mehr zu knebeln.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 10. August. (W. Z. V.) Der Generalstab des Generalissimus teilt mit: Auf den Strahlen nach Riga wiesen wir in der Nacht zum 9. August mit Erfolg nach einem Kampfe Mann gegen Mann mehrere Angriffe der Deutschen zurück, trotz der Unterstützung, den letztere von ihrer sehr starken schweren Artillerie erhielten. Nach den Kämpfen, die im Laufe derselben Nacht und am folgenden Morgen in der Richtung Düna burg und in der Gegend von Schwedenberg—Ponemum—Wilkomir stattfanden, begann der Feind unter unserem Drucke zurückzukehren, wobei er etwa hundert Gefangene, mehrere Maschinengewehre und Rosten mit Munition in unserer Hand ließ. An der Narowfront auf den Strahlen Lomja—Snjadowo—Ditrom dauern die erbitterten Kämpfe an. Unsere Artillerie warf die von den Deutschen gegen Nowo-Georgiewsk entlang dem linken Weichselufer unternommene Offensive zurück. In der Richtung auf Lublin—Laukoff rechts des Wieprz ging der Feind am Nachmittag des 9. August zur Offensive über, die wir trotz ihrer Hartnäckigkeit zum Stehen brachten. Auf den Strahlen von Blodawa warfen wir mit Erfolg einen Angriff des Feindes zurück, der erstickende Gase zur Anwendung brachte. Am Dnjepr, in der Gegend der Mündung der Strypa ergriffen die Desterreicher am 8. August eine örtliche Offensive; der Kampf dauert dort an. In den übrigen Abschnitten unserer ganzen Front kein Zusammenstoß von Bedeutung.

Petersburg, 11. August. (W. Z. V.) Mitteilung des Großen Generalstabes. Nach den hier eingelaufenen Nachrichten ist der Angriff der Deutschen auf Kowno am 8. August folgendermaßen verlaufen: Der Feind machte einen Angriff von der Front unserer Werke bei dem Dorfe Biple bis zur Front von Elisenthal am Flusse Jessja. Die Belagerungsartillerie des Feindes begann die Beschießung nach Mitternacht mit Geschützen jeden Kalibers bis zu 16 Zoll (40 Zentimeter) einschließlich, und dieser Orkan von Feuer dauerte nicht weniger als zwei Stunden; unsere Batterien antworteten kräftig. Gegen drei Uhr nachts rückten die Sturmkolonnen möglichst gedekt in dichten Reihen gegen unsere Stellungen an, aber schon um 5 Uhr morgens war der Feind durch unser konzentriertes Feuer, durch die Explosion von Flatterminen und schließlich durch kräftige Gegenangriffe unserer Truppen auf der ganzen angegriffenen Front zurückgeworfen. Die Deutschen sluteten erschöpft und unter ungeheuren Verlusten in die benachbarten Geländefalten zurück, wo sie sich anscheinend wieder sammelten, um einen neuen Angriff vorzubereiten. Gegen Mittag verstärkte das feindliche Feuer sich von neuem zu einem wahren Orkan. Trotz seiner Festigkeit und Dauer und der Zerstörungskraft der feindlichen schweren Geschütze hielten unsere Truppen den Geschöthagel, der auf sie herniederprasselte, wacker aus. Unsere Artillerie unterstützte diese Soldaten durch ihr Feuer kräftig. So verrann der ganze Tag. Bei Einbruch der Nacht ergossen die nach und nach vor unseren Stellungen angehäuften feindlichen Kolonnen sich in einem neuen Ansturm, welcher zwei Stunden dauerte; es gelang ihnen, sich eines Teiles der Schützengräben unserer vorgeschobenen Stellungen zu bemächtigen, welche sein Feuer gefegt hatte. Aber durch die heldenhaften Anstrengungen unserer herbeigeholten Reserven wurden die Deutschen abermals mit ungeheuren Verlusten zurückgetrieben. Der Feind behauptete nur die Werke beim Dorfe Biple, welche er um den Preis ungeheurer Anstrengungen und Verluste erobert hatte.

„Corriere della Sera“ über den russischen Rückzug.

Mailand, 11. August. (W. Z. V.) „Corriere della Sera“ enthält einen bemerkenswerten Artikel über die letzten Ereignisse auf den polnischen Schlachtfeldern, in dem es unter anderem heißt: Warum sollen wir diesen Rückzug der Russen ableugnen? Er ist durch den deutschen Willen den Russen aufgezwungen worden, die ihn über sich ergehen lassen müssen. Die Folgen des Rückzuges können heute noch nicht festgestellt werden, aber man wird sie morgen nicht abstreiten können. Die Deutschen können, wenn sie wollen, Truppen vom östlichen Kriegsschauplatz auf den westlichen werfen. Der Verfasser des Artikels glaubt, daß das Ende des russischen Rückzuges nicht von den Russen, sondern vom Willen der Deutschen abhängen werde.

Russische Verleumdung.

Amtlich. Berlin, 11. August. (W. Z. V.) Die „Nowoje Wremja“ berichtete am 16. (29.) April 1915, daß deutsche Truppen in dem Dorf Krowo bei Lohz eine Schreckensherrschaft geführt, die Einwohner beraubt, die Frauen geschändet, zwölf Männer ermordet und hundert Bauernhöfe niedergebrannt hätten. Der ganze Bericht ist erfunden. Der Schulze Joseph Riboff, die Besitzer Kravicki und Pawlowski haben eidlich bezeugt, daß die deutschen Truppen sich stets anständig, wie „Brüder“ benommen hätten und daß keine einzige der behaupteten Schandthaten vorgekommen sei.

Der türkische Krieg.

Von den Dardanellenkämpfen.

London, 11. August. (W. Z. V.) Das Pressebureau meldet: General Hamilton berichtet über bedeutungsvolle Fortschritte auf Gallipoli. In der südlichen Zone wurden auf einer Front von dreihundert Meter östlich des Weges von Krita zweihundert Meter Raum gewonnen. Die Hilfe der Franzosen war von hohem Werte. Bei Chunok Bahr und Sari Bahr wurde ebenfalls Raum gewonnen und der Kampf des Gedirges besetzt. Die feindlichen Verluste sind erheblich. Auf einer anderen Stelle wurde eine neue Landung durchgeführt. Wir machten sechshundertdreißig Gefangene und erbeuteten eine Nordenfettkanone, zwei Mörser und neun Maschinengewehre.

Die Kämpfe im Kaukasus.

Petersburg, 10. August. (W. Z. V.) Bericht des Generalstabes der Kaukasusarmee. Am 8. August warfen wir im Pessinetal die Angriffe auf der ganzen

Front zurück. Ein erbitterter Kampf entspann sich um den Besitz des Bergheimerpasses, den unsere Truppen trotz der wütenden Angriffe des Feindes, der in Unordnung nach Süden zurückging, fortnahmen. In der Richtung des Suphrat bemächtigten sich unsere Truppen, die den zurückweichenden Türken auf den Fersen blieben, nach Kampf der Stellungen von Palautesen und erbeuteten zwei Geschütze mit Proben, eine Menge Granaten, Waffen, eine Telephonanlage und einen Zug Kamele, und machten Gefangene, darunter den Kommandanten eines Infanterieregiments und vier andere Offiziere. Unsere Kolonnen, welche die Türken verfolgen, machen unaufhörlich neue Gefangene.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 11. August. (B. Z. B.) Das Große Hauptquartier berichtet: An der Dardanellenfront warfen wir am 10. August nördlich von Ari Burnu nach einem energischen Angriff den Feind auf einer Front von fünfhundert Metern zurück und fügten ihm beträchtliche Verluste zu. Wir erbeuteten dabei ein Maschinengewehr und zweihundert Gewehre. Bei Ari Burnu eroberten wir auf dem linken Flügel in der Nacht vom 10. August von neuem einen Teil der feindlichen Schützengräben. Bei Sedd ul Bahr machten wir auf dem linken Flügel einige Franzosen, darunter einen Offizier, zu Gefangenen und erbeuteten eine Menge Waffen. Unsere verborgenen Batterien trafen mehrmals im Golf von Saros einen feindlichen Kreuzer, der indirekt die Umgebung von Bulair beschuß. Der Kreuzer entfernte sich sofort. Ein feindlicher Flieger warf am 9. August drei Bomben auf das Lazarett in Galatafaj, das horizontal die Zeichen des Roten Halbmondes trug. Ein Soldat wurde getötet, drei wurden verletzt.

An den übrigen Fronten hat sich nichts verändert.

Der Krieg und die Kolonien.

General Mariz in Angola verhaftet.

Bretoria, 11. August. (B. Z. B.) Meldung des Neuterischen Bureaus. General Mariz ist mit einer kleinen Zahl Anhänger, mit denen er Angola erreicht hatte, von den portugiesischen Behörden verhaftet worden.

Was denken die Amerikaner über den Krieg?

New York, Mitte Juli 1915. (Fig. Bez.)

Die allgemeine Haltung des amerikanischen Volkes gegenüber den kriegsführenden Parteien dürfte in Europa kein Geheimnis sein. Der größte Teil des Volkes nimmt kritisch und gefühllos Partei für die Engländer und ihre Verbündeten, während die deutschen, österreichischen und ungarischen Bürger ebenso kritisch und gefühllos für die Zentralmächte Partei ergreifen. Aber wird dieses Gefühlsurteil die heftigen Aufwallungen des ersten Kriegsjahres überdauern? Wird nicht im Laufe der Zeit der Verstand und das wohlwollende Eigeninteresse den Sieg davontragen. Die tüchtigsten Köpfe in Amerika kommen immer mehr zur Einsicht, daß den Vereinigten Staaten weder mit einem deutschen noch mit einem englischen Siege gedient sei. Sie fürchten den Sieg einer der beiden Parteien. Sie glauben, daß der Sieger in dem imperialistischen Ringen seine Augen begierig auf die gewaltigen Reichtümer und Ausbeutungsmöglichkeiten Südamerikas richten wird, das der Uncle Sam als ein Anhängsel zu seinem Kontinent betrachtet. Auf dieser Idee fußt zum Beispiel das bemerkenswerte Buch, das der Professor Usher unlängst über den Pan-Amerikanismus geschrieben hat. Auch der in der ganzen Welt bekannte Finanzschriftsteller Roger W. Babson huldigt ähnlichen Ansichten. Babson versucht seine Gedanken in der New Yorker „Evening Mail“ zu popularisieren, einem Blatte, das, nachdem es vor kurzem in die Hände des Publizisten McClure übergegangen, finanziell wie geistig im Emporstreben begriffen ist.

Seine Ausführungen sind in mehr als einer Hinsicht interessant, weshalb die Hauptsache hier wiedergegeben wird. Babson schreibt: „Eines ist sicher. Wir wollen nicht, daß die Deutschen gewinnen. Genau zu erklären, warum wir das nicht wollen, läßt sich schwer in Worte kleiden. Vielleicht empörte uns die belgische Episode, vielleicht ist es auf ihre Art der Kriegsführung zurückzuführen, und vielleicht auf die Persönlichkeit von zwei oder drei Deutschen, die wir zufällig kennen. Wir sind jedenfalls gegen die Deutschen voreingenommen, und es nützt nichts, daß jemand versucht, unser Vorurteil zu verändern.“

Die Engländer verstehen unsere Art; sie sprechen unsere Sprache und haben dieselben Ideale und Bestrebungen wie wir. Diese Dinge machen natürlich einen Eindruck auf uns und werden immer ihren Eindruck machen. . . .

Die Franzosen sind noch höflicher und zuvorkommender als die Engländer, während uns andererseits die Österreicher fast ganz unbekannt sind und wir von ihnen Vorstellungen haben wie etwa von den Bewohnern des Mars.

Wenn es jedoch auf die Zukunft unseres Vaterlandes und das Leben und die Wohlfahrt unserer Kinder ankommt, sollten wir uns dann vom Vorurteil verblenden lassen? Sollten wir uns nicht vielmehr hinsehen und ausrechnen, was mit uns und unseren Kindern geschehen würde, wenn entweder die Engländer oder die Deutschen aus dem jetzigen Kriege siegreich hervorgingen? Um eine alte Redensart meiner lieben Mutter zu gebrauchen: „Wir sollten nicht unsere Nase abschneiden, um unser Gesicht zu ärgern.“ Dies ist besonders heute mit Rücksicht auf den Vorfall mit der „Lusitania“ wichtig. Ich möchte deshalb den Lesern erklären, wie ich die Dinge in Südamerika fand.

Auf meiner Reise, die ich kürzlich dahin unternahm, fand ich, daß uns die Südamerikaner ungefähr ebenso einschämen, wie wir die Deutschen einschämen. Die Spanier des Durchschnittsamerikaners, der Südamerika besucht, erscheinen dem Amerikaner romanischer Abstammung in fast genau demselben Lichte, in dem uns die Spanier des Durchschnittsamerikaners erscheinen. Aber hier kann wiederum die Frage weder mit Spaniern noch mit Kruppischen Geschäften entschieden werden. Verstand, Tüchtigkeit und Organisation sind die Dinge, auf die es ankommt; und während ich in Südamerika war, lernte ich die Organisation der Engländer wie der Deutschen sehr fürchten. In Bezug auf die Eroberung des auswärtigen Handels und den Umgang mit anderen Nationen haben sie uns beide einfach in die Pfanne gehauen. Wir Bürger der Vereinigten Staaten können Briefe schreiben und sind gute Redner; wenn es aber darauf ankommt, auf fremdem Gebiete Dinge auszuführen, mit fremden Nationen zu konkurrieren, dann sind wir im Vergleich mit jeder dieser beiden großen Nationen hilflos wie die kleinen Kinder.

Das ist teilweise auf ihre wunderbare Organisation zur See und zu Lande zurückzuführen, aber hauptsächlich auf die Tatsache,

daß sowohl das englische wie das deutsche Kaiserliche Amt in Südamerika die Politik „des dicken Knüttels“ anwendet. So sehr auch die Engländer und Franzosen mit der Demokratie zu Hause prahlen mögen, in ihrer auswärtigen Politik ignorieren sie sie absolut. Was die ausländischen Beziehungen zwischen Nationen anlangt, so werden heute dieselben Methoden erfolgreich, die vor einem Jahrhundert gebraucht wurden. Wir haben eine demokratische Regierung und verstehen es nicht, die Geschäfte in dieser autoritären Weise zu betreiben, und deshalb verlieren wir jedesmal.

Deshalb erkläre ich (obwohl ich mir dadurch Feinde mache), daß ich wünsche, daß weder England noch Deutschland den Krieg gewinnt. Ich möchte natürlich lieber, daß von den beiden England gewonnen; aber wenn eine dieser großen Nationen siegreich wäre, so würden die Vereinigten Staaten unter den herrschenden unorganisierten Weltverhältnissen bald zu einer Nacht zweiten oder dritten Ranges herabsinken. Die Zukunft unseres Landes hängt mit anderen Worten in sehr großem Maßstab davon ab, daß entweder ein Mächtegleichgewicht in Europa bestehen bleibt wie jetzt, bei dem jede Partei auf die andere eifersüchtig ist und um unsere Gunst buhlt, oder daß irgendeine Weltorganisation mit einem neutralisierten Meere geschaffen wird, so daß sich die Handelsstraßen der Welt unter internationaler Kontrolle oder unter internationalem Schutz befinden würden.“

Den Amerikanern die Vorurteile auszutreiben, wie das von deutscher Seite anfänglich versucht wurde, ist ein eitles Beginnen. Aber der Gang der Entwicklung und die Probleme, die die dauernden Interessen des Landes aufwerfen, werden schon dafür sorgen, daß das Vorurteil in seinen Grenzen gehalten wird. Uebrigens muß man die Gefühlskonflikte zwischen den Amerikanern verschiedener Abstammung nicht zu tragisch nehmen. Wenn die „New York Times“ einen ultra-englischen Standpunkt einnimmt und die „New Yorker Staatszeitung“ sich auf ultragermanischen Boden stellt, so erinnert das an die Debatten der Vidwider, die sich ja auch gegenseitig die ärgsten Grobheiten an den Kopf warfen, aber sonst ganz gute Freunde waren. Es ist mehr ein Zeitungskampf als sonst etwas. Man muß doch zusammen leben und arbeiten und an den Geschicken des Gemeinwesens teilnehmen. Ja, man muß sogar die Sünden begeben, die man dem anderen vorwirft. Wenn Herr Ridder von der „Staatszeitung“ Vorsitzender eines Betriebes ist, der im Interesse der Engländer arbeitet, so scheint sich andererseits mancher Deutschenfreier danach, etwas nach Deutschland durchzuschmuggeln, was dort einen hohen Preis holt. Die kapitalistischen Blätter sind übrigens nicht die einzigen, die die Gefühle und Vorurteile der Menschen ausbeuten. In der Gegend, wo dies geschrieben ist, wohnen sehr viele Deutsche, und die zahlreichen Straßenmusikanten, die die Straßen beleben, spielen den ganzen Tag „Die Nacht am Rhein“.

Eine polnische Kundgebung.

Die polnische Fraktion im österreichischen Reichsrat, der sogenannte Polenklub, hat eine Kundgebung beschloffen, die von der historischen Tatsache der Einnahme Warschaws durch die verbündeten Truppen ausgehend im wesentlichen besagt:

„In diesem Augenblick wird das enge Bündnis unserer nationalen Interessen mit dem Weltinteresse der habsburgischen Dynastie offenkundig, welche die Polen in gerechten Schutz nimmt. Die Schicksale Polens haben sich gegenwärtig so eng mit den Schicksalen der habsburgischen Monarchie verknüpft, daß wir nicht zweifeln, daß der Sieg der Monarchie der Sieg Polens und die Eroberung Warschaws die Befreiung Polens bedeuten. Nachdem die verbündeten Armeen das Königreich Polen besetzt haben, setzen sie ihren siegreichen Zug fort. Wir wünschen sehnlichst, daß dieses unteilbare Königreich gegen Osten gesichert, in seinem ganzen Umfange seine nationale und politische Freiheit wiedererlange. Die polnische Nation wendet sich in diesem historischen Augenblick an jene Mächte, deren edler Monarch mit seiner Dynastie die Stütze unserer Rechte ist. Die polnische Nation erblickt die stärkste Sicherung ihrer nationalen und politischen Zukunft in der habsburgischen Monarchie und verlangt, daß ein ungeteiltes Königreich mit Galizien zu einem selbständigen Ganzen vereinigt als Königreich im Verbande der habsburgischen Monarchie entstehe. Der Polenklub, stets um die nationalpolnischen Interessen und gleichzeitig um die Machtstellung der Monarchie besorgt, drückt seine Ueberzeugung aus, daß die nationale und politische Wiedergeburt Polens die Kraft und die Macht der habsburgischen Monarchie bedeutend heben wird, daß sie im Lebensinteresse des Deutschen Reiches gelegen ist, sowie daß sie die ruhige Entwicklung der abendländischen Kultur sichern wird. In dem der Polenklub den verbündeten Armeen und den polnischen Legionen seine Bewunderung und Dankbarkeit ausdrückt, begrüßt er Warschau als Hauptstadt des künftig befreiten Polens.“

Mißstimmung in italienischen sozialistischen Arbeiterkreisen.

Hgm. Mailand, 11. August. Die Unterdrückung der Beschlüsse der in Florenz abgehaltenen sozialistischen Konferenz durch die Zensur hat in Arbeiter- und Parteikreisen ungeheures Aufsehen und Erbitterung hervorgerufen. Sozialistische Abgeordnete haben der Regierung bereits die Anfrage unterbreitet, auf welche Gründe diese Maßnahme zurückzuführen ist, die um so mehr befremdet, als alle anderen nicht sozialistischen Blätter vollständig gefälschte Berichte über die Konferenz unbeanstandet bringen durften. Die Antwort der Regierung wird mit großer Spannung erwartet. Man glaubt, daß die Parteileitung zu harten Repressalien greifen werde, wenn die Antwort nicht befriedigend ausfalle und nicht Versicherungen für die Zukunft enthalte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu einem Demonstrationsstreik kommt.

Eine serbische Stimme gegen die Entente.

Hgm. Sofia, 11. August. Die Stimmen gegen die bedingungslose Gefolgschaft Serbiens im Fahrwasser der Entente beginnen allmählich lauter zu werden und die oppositionelle Presse führt trotz der Zensur eine scharfe Sprache gegen die Bundesgenossen. Das sozialistische Blatt „Radnitsche Rowine“ schreibt über die wahren Gründe des Krieges: Seit Beginn des Kampfes hören wir zwei faulbilde Lügen. Einmal, daß der Krieg gegen die Bedrücker der kleinen Staaten geführt wird und zweitens, daß es gelte, den deutschen Militarismus zu vernichten und den nationalen und demokratischen Idealen zum Siege zu verhelfen. Demgegenüber haben wir immer wieder gefragt: Wie können die ärgsten Unterdrücker der kleinen Staaten sein, und wie können Militaristen gegen den Militarismus kämpfen. Die Ereignisse haben uns recht gegeben. Die Behandlung der dalmatischen Frage durch den Vierverband hat deutlich gezeigt, wie man um das Recht der kleinen Nationen kämpft. Wie können diejenigen behaupten, gegen den germanischen Militarismus zu Felde zu ziehen, deren Ideal die militärischen und organisatorischen Einrichtungen Deutschlands sind?

Rumäniens Politik.

Der bekannte englische Schriftsteller R. W. Seton-Watson (Scotus Viator), dessen auch ins Deutsche übertragene Werk „Die südwestliche Frage im Habsburger Reich“ (Berlin 1913) zu den grundlegenden Schriften auf diesem Gebiete gehört, hat vor kurzem unter dem Titel „Rumänien und der große Krieg“ eine neue Schrift herausgegeben, die die Grundzüge der rumänischen Politik zu erfassen sucht. Nach der Auffassung des Verfassers leidet Rumänien an einer Reihe von „Krankheiten“, die es daran hindern, sein Geschick mit dem des Vierverbandes zu verknüpfen. Diese „Krankheiten“ sind:

1. Das Grenzgebiet an der Donau zwischen Rumänien und Serbien. 2. Das Gebiet nördlich von der Donau zwischen Belgrad und Orschow (Banat), das gleichfalls einen wichtigen Differenzpunkt zwischen Rumänien und Serbien bildet. 3. Siebenbürgen. 4. Bessarabien.

Seton-Watson schildert sehr eingehend die auf alle diese Grenzgebiete gerichteten Bestrebungen der rumänischen Politik und erklärt durch sie die fortwährenden Schwankungen Rumäniens im jetzigen Kriege.

Sehr ausführlich geht Seton-Watson auch auf die Meerengen-Frage ein. Nach seiner Auffassung hegt Rumänien keineswegs den Wunsch, daß Konstantinopel unter russische Herrschaft fällt, und zieht es vor, daß die Meerengen unter der Kontrolle der schwachen Türkei statt unter der des mächtigen Rußlands stehen. Dieselbe Haltung nehme auch Bulgarien ein, namentlich seitdem der einzige bulgarische Hafen am Ägäischen Meer, Debeagatsch, der scharfen Kontrolle der verbündeten Flotte unterworfen sei. Die Schlussfolgerungen Seton-Watsons sind für den Vierverband nicht sehr tröstlich: Die Diplomatie der Alliierten stehe vor der schwierigen Aufgabe, Rumänien und Bulgarien mit dem Uebergang der Meerengen in die Hände Rußlands auszuöhnen.

Bulgarien und die Meerengenfrage.

Konstantinopel, 11. August. (B. Z. B.) In Besprechung der neuen Vorschläge des Vierverbandes an Bulgarien schreibt „Gila“: Die Zugeständnisse Serbiens kommen zu spät, denn die Entente besitzt keine Aussicht mehr auf Erfolg. Bulgarien wird sich damit nicht einfangen lassen. Schließlich gestatten die tatsächlichen Interessen Bulgariens diesem Lande nicht, mit der Entente zu gehen, da Rußland die Eroberung Konstantinopels und der Dardanellen beabsichtigt. Das Blatt führt aus einem Werke des gegenwärtigen bulgarischen Gesandten in London, Michew, betitelt „Die Meerengenfrage“ eine Stelle an, in der ausgeführt wird, daß die angeblichen uninteressierten Menschlichkeitsgefühle Rußlands für die slavischen Balkanländer nichts anderes seien als ein Köder, da das Endziel Rußlands die Errichtung eines russischen Protektorats über die slavischen Balkanstaaten sei, während diese Staaten vollständig unabhängig leben wollen. „Gila“ schließt, das als Preis für die Meerengen gegebene Mazedoniens bedeute nicht die Unabhängigkeit Bulgariens, sondern seine Unterjochung. Bulgarien solle Mazedonien nehmen, aber unter der Bedingung, daß Rußland von den Dardanellen ferngehalten werde.

Von den englischen Gewerkschaften.

Essen (Ruhr), 11. August. (B. Z. B.) Nach einem Telegramm des „Essener Generalanzeigers“ aus Genf liegt dem am 14. September in London tagenden englischen Gewerkschaftskongress ein Antrag des Präsidiums vor, eine Kundgebung an die Regierung gegen das Munitionsgesetz und auf Wiederherstellung des Streikrechts der englischen Arbeiter zu beschließen.

Um die Wehrpflicht.

London, 11. August. (B. Z. B.) „Daily Chronicle“ legt in einem Leitartikel Einspruch dagegen ein, daß England wegen des Falles von Warschau die Wehrpflicht einführen müsse. Die Anwerbung schreite gut fort, das Heer bekomme so viel Leute, als es ausrüsten und ausbilden könne. Es sei unrichtig, daß die Einführung der Wehrpflicht großen Eindruck auf die Verbündeten machen würde. England sei eine Insel, die Flotte habe daher in erster Linie Anspruch auf die Hilfsquellen an Menschen und Geld.

Letzte Nachrichten.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Berlin, 11. August. Amtlich. (B. Z. B.) Die „Nordb. Allgemeine Zeitung“ schreibt: Eine Erklärung des Reichskanzlers. Auf eine an Seine Majestät den Kaiser gerichtete Bitte des amerikanischen Nachrichtenbureaus „United Press“ um eine Kundgebung anlässlich der Erfolge der verbündeten deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen in Polen hat der Reichskanzler geantwortet, daß Seine Majestät der Kaiser aus prinzipiellen Gründen nicht in der Lage sei, dieser Bitte zu entsprechen. Indessen hat der Reichskanzler seinerseits diesen Anlaß benutzt, um der „United Press“ zu erklären, daß Deutschland an die Siege in Polen vor allem die Hoffnung knüpfe, daß sie die Beendigung des Krieges beschleunigen würden. Dabei hat er daran erinnert, wie der Kaiser in allen seinen Kundgebungen, und zuletzt noch am 31. Juli dieses Jahres betont hat, daß Deutschland für einen Frieden kämpft, der ihm mit den Mächten, die an seiner Seite den großen Kampf führen, diejenige feste Sicherheit gewähre, deren Deutschland für einen dauernden Frieden und seine nationale Zukunft bedürfe. Ueber Deutschlands Grenzen hinaus werde der Friede, den wir erstreben, allen Völkern die Freiheit der Meere verbürgen und allen Nationen die Möglichkeit eröffnen, in freiem Wettbewerb den Werken des Fortschritts und der Gerechtigkeit zu dienen.

Ein Friedenskongress.

Bern, 11. August. (B. Z. B.) Die Turiner „Gazetta del Popolo“ erfährt aus Rom aus einer in vatikanischen Angelegenheiten gewöhnlich gut unterrichteten Quelle, daß die amerikanischen Kardinalen auf Aufforderung des Papstes einen Friedenskongress einberufen wollen, an dem Kardinalen und Bischöfe teilnehmen würden. Der Primas von Spanien habe bereits zugesagt. Der Kongress solle in der Schweiz zusammentreten und von den Vereinigten Staaten, Spanien und Holland unterstützt werden.

Erdbeben in der Schweiz.

Jurich, 11. August. Heute vormittag um 8 Uhr 40 Min. und um 10 Uhr 13 Min. wurden stärkere Erdbeben registriert, die wahrscheinlich von dem gleichen südöstlichen Herd ausgegangen sind, wie diejenigen der letzten Tage.

Ein holländischer Dampfer gestrandet.

London, 11. August. (B. Z. B.) (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Der große holländische Dampfer „Veispanna“ aus Amsterdam ist drei Meilen südlich Flamborough gestrandet.

Politische Uebersicht.

Die Stickstoffkommission

hat die Generaldebatte geschlossen. Die nächste Sitzung findet an einem vom Vorsitzenden noch zu bestimmenden Tage der nächsten Woche statt.

„Der Zweck des Gesetzes“.

In der bürgerlichen Presse finden sich in letzter Zeit vielfache Klagen über den Mangel an Arbeitskräften für die Erntearbeit und über das schmelgerische, üppige Leben der Kriegerfrauen, die es vorziehen, von der Kriegsunterstützung ein wahres Schlaraffendasein zu führen, statt zu arbeiten. Eine hübsche Illustration hierzu liefert eine Zuschrift aus der Provinz Brandenburg: Im Kreise Sternberg in Ziebingen besteht zwischen Landwirten und den Ortsangehörigen, die nicht ständig, sondern nur bei größeren Arbeitshäufungen, Ernte usw. beschäftigt werden, das auch anderwärts noch übliche Verhältnis, daß die letzteren Pachtland übernehmen, das von dem Landwirt bedingt, bedeckt und dessen Ernte auch von ihm eingefahren wird. Alles natürlich gegen entsprechende Bezahlung. Außerdem aber haben die Leute die Verpflichtung, zur Erntezeit und auch sonst auf Verlangen bei dem Pächter zur Arbeit zu erscheinen. Dafür erhielt die Frau bei einer Arbeitszeit von früh 6 bis abends 8 Uhr und später 30 Pfennig täglich sowie Essen für sich und die Kinder, welche sie mitbrachten.

War dieser Zustand schon bisher ein trauriger, so wurde er jetzt ein geradezu jammervoller. Die Landwirte lehnen es jetzt ab, die Beföstigung der Frauen zu übernehmen, weil die Frauen nicht zum Befinde gehören und sie nur für dieses Brot erhalten. Sie weigern sich aber, den Tagelohn von 30 Pfennig entsprechend zu erhöhen!

Der größte Teil der Frauen weigert sich nun, unter diesen Umständen zu arbeiten. Den Landwirten fehlen die Arbeitskräfte. Sie wandten sich an den Amtsvorsteher, der folgende Bekanntmachung erließ:

Bekanntmachung!

Von verschiedenen Landwirten ist Klage geführt worden, daß Frauen, deren Ehemänner im Kriege sind und die die Familienunterstützung erhalten, es ablehnen, in der Landwirtschaft zu arbeiten, obwohl sie in Friedenszeiten stets auf Arbeit gegangen und auch jetzt in der Lage sind. Die Frauen betonen dabei, daß sie mit Hilfe der Unterstützung durchkommen, ohne zu arbeiten. Ferner ist beobachtet worden, daß die Unterstützungsempfängerinnen einer unverhältnismäßig großen Aufwand für nicht unbedingt nötige Kleidung, Putz, feineere Bekleidung und dergleichen machen. Das ist nicht Zweck des Gesetzes.

Es muß erwartet werden, daß die Angehörigen der Kriegsteilnehmer ihrerseits bemüht sind, alle entbehrlichen Ausgaben zu vermeiden und sich durch Arbeit, namentlich in der Landwirtschaft, nach Kräften nützlich zu machen, zum Wohle des gesamten deutschen Volkes.

Der Kreisaußschuß wird in Zukunft in Fällen, in denen die Ehefrau oder ein anderes Familienmitglied es unbegründeterweise abgelehnt haben, sich durch Arbeit zu betätigen, sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen, die Bedürftigkeit als nicht vorliegend anzusehen und eventl. die Zahlung der Unterstützung einzustellen. Denjenigen Frauen und Angehörigen, die auf Arbeit gehen, soll deshalb die Unterstützung selbstverständlich nicht entzogen werden.

Von jeder unbegründeten Arbeitsweigerung und unnützen Geldausgabe wird an zuständiger Stelle Anzeige erstattet. Ziebingen, den 25. Juni 1915.

Der Guts- und Gemeindevorsteher.

Ist es „zum Wohle des gesamten deutschen Volkes“ wirklich notwendig, und ist es wirklich „der Zweck des Gesetzes“, daß bei jedem, der sich zur Vermeidung verschlechterter Bedingungen weigert, für einen Tagelohn von 30 Pfennig zu arbeiten, die Bedürfnisfrage verneint und die Unterstützung entzogen wird? Die Bekanntmachung ist bei der Auszahlung der Familienunterstützung den Frauen in je einem Exemplar ausgehändigt worden. Sie haben dieselbe ihren im Felde stehenden Ehemännern zugestellt. Was für Empfindungen diese Erinnerung an die engere Heimat bei denen ausgelöst haben werden, brauchen wir nicht zu schildern. Jedenfalls ist aber die Entziehung der Unterstützung zur Beschaffung von Arbeitskräften an die Landwirte für ein Tagelohn von 30 Pfennig unter keinen Umständen „der Zweck des Gesetzes“.

Der „gutgestellte“ Mittelstand gegen den Lebensmittelwucher.

Der „Berliner Sozial-Anzeiger“, ein Blatt, das sich zur Wahrung der Arbeiterinteressen nicht aufregt, fordert Laten gegen den Lebensmittelwucher, weil jetzt schon die Frauen des gutgestellten Mittelstandes in ernstlicher Sorge um die zweckmäßige Ernährung ihrer Familien sind. Das Blatt schreibt:

Man muß an diese verschiedenartigen Mitteilungen (über geplante Maßnahmen städtischer Verwaltung) den Wunsch knüpfen, daß nun bald wirklich etwas geschieht, um der unerhörten Preis-schrauberei für alle wichtigen Lebensmittel, unter der die ganze Bevölkerung leidet, entgegenzutreten. In anderen Städten des Reiches sind wenigstens schon allerlei Versuche in dieser Richtung gemacht worden, wenn auch durchschlagende Erfolge bisher noch kaum irgendwo erzielt zu sein scheinen. Hoffentlich kommt man in den Groß-Berliner Gemeindeverwaltungen nach den gründlichen Vorbereitungen nun zu wirkungsvollen Maßnahmen. Die Lebensmittelpreise jeder Art haben eine Höhe erreicht, daß darunter keineswegs allein die weniger begüterten Bevölkerungsschichten leiden. Auch die Frauen des sonst gutgestellten Mittelstandes sind in ernstlicher Sorge, wie sie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ihre Familien zweckentsprechend ernähren sollen. Also wir brauchen nach den Erwägungen endlich Laten!

Die Notwendigkeit erhöhter Kriegsunterstützung

wird auch außerhalb der Arbeiterklasse von Kennern der bei den Kriegerfamilien vorhandenen Notlage eingesehen. So schreibt ein Landpfarrrer der „Sächsischen Volkszeitung“ (Nr. 634):

Am schwersten lastet wohl die Not des Krieges auf den Familien der (industriellen) Arbeiter auf dem Lande, deren Einkommen lediglich auf der staatlichen Unterstützung der Kriegerfamilien beruht und die alles kaufen müssen. Ich kenne, um ein Beispiel anzuführen, in hiesiger Gemeinde eine Anzahl Frauen von Schieferbrechern, die sechs bis acht Kinder haben,

wobon das älteste noch in die Schule geht. Das Reich bezahlt der Frau 60 M. pro Monat. Wie kann nun damit eine Familie von sieben Köpfen durchkommen, da auf dem Lande die Lebensmittel und Kleidungsstücke fast ebenso teuer sind wie in der Stadt? An Fleisch können solche Familien gar nicht mehr denken. Es ist darum unbedingt erforderlich, daß auch auf dem Lande Zuschüsse zu den gesetzlichen Unterstützungen gezahlt werden. Die kleinen Landgemeinden sind dazu wegen ihrer geringen Steuerkraft nicht imstande. Also müßte das Reich oder auch die Provinz eintreten.“

Hoffentlich sorgt das Zentrum mit für die Vertiefung dessen, was hier in seinem führenden Blatte gefordert wird.

Eine Ansprache Bülow's.

Hamburg, 11. August. (B. L. W.) Gestern nachmittag hielt Fürst Bülow beim Einzug in sein neues Heim an der Elbchaussee in Erwiderung auf den Willkommengruß einer zahlreichen Menschenmenge und seiner Freunde eine Rede, in der er u. a. sagte: Unter aller Augen sind auf unser Heer und unsere Flotte gerichtet, unsere treuesten Gedanken und heißen Wünsche begleiten und umgeben unsere kämpfenden Brüder, in Bewunderung für ihre heldenmütigen unvergleichlichen Leistungen, mit felsenfestem Vertrauen und in voller Zuberst auf den Endausgang. Niemals in seiner tausendjährigen Geschichte hat sich das deutsche Volk so geschlossen und entschlossen, so mächtig und so groß gezeigt wie in diesem Kriege. Wir neigen in Ehrfurcht das Haupt vor solcher Größe, überzeugt, daß solchen Eigenschaften so edler schlichter Größe der Sieg nicht fehlen wird, und nach dem Siege ein sicherer, stolzer Friede, würdig der heroischen Anstrengungen und der ungeheuren Opfer. Die Rede schloß mit einem Kaiserhoch.

Ein auffälliges Verfahren.

Wie wir hören, befinden sich eine Reihe Berliner Parteigenossen, darunter der frühere Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“, Genosse Walder, hier selbst in Untersuchungshaft unter der Beschuldigung des Landesberrats. Die Genossen sollen ein Flugblatt verbreitet haben, das einen Artikel aus der „Berliner Tagwacht“ enthielt, der sich mit größter Schärfe gegen einige führende Parteigenossen wendet. Es ist uns vorläufig völlig unerfindlich, worin bei einem derartigen Tatbestande das bekanntlich mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bedrohte Verbrechen des Landesberrats liegen soll.

Aus der Partei.

Erklärung.

Anschließend an den Prozeß Martin und Wich, über den wir uns eine Verichterstattung verlagern müssen, waren gegen den Genossen Reichstagsabgeordneten E. G. Miel von einer Reihe Parteizeitungen ziemlich schwere Beschuldigungen abgedruckt worden. Von Genossen Emmel geht uns jetzt folgende Erklärung zu:

Die „Chemnitzer Volksstimme“ bringt im Anschluß an die Mitteilung über die Verurteilung der Genossen Martin und Wich eine Reihe von Behauptungen gegen mich vor, die durchaus den Tatsachen widersprechen. Es ist mir selbstverständlich sehr angenehm, wenn Parteivorstand und Fraktion die Angelegenheit untersuchen, jedenfalls werden diese Zustände objektiver urteilen, als die „Ch. Volksst.“ und ihre Hintermänner.

Notenliste der Partei.

Wieder hat der Tod einen von unseren Alten abgerufen. Genosse Martin Erdbeer aus Rostock hat seine Augen geschlossen vor letzten Aus'. Der Verstorbenen, von Beruf Tabakarbeiter, war einer von denen, die früh den gewaltigen Faktor der Arbeiterbewegung erkannten und sich der Tabakarbeiterorganisation anschlossen. Politisch war er Mitglied des von Lassalle begründeten Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und lange Jahre war er in Rostock der Leiter des 1876 gegründeten Arbeiterangehörigenvereins, der zur Zeit des Sozialistengesetzes das Rostocker Parteileben in sich verkörperte. Ein Verdienst um das geistige Band erwartete er sich damit, daß er den „Sozialdemokrat“, das verbotene derzeitige Parteiorgan, mit „schmuggelte“. Die Rostocker Parteigenossen wählten ihn denn auch in dieser schweren Zeit als Vertrauensmann, und als solcher war er Leiter der Reichstagswahlen 1884, 1887 und 1890. Seit Aufhebung jenes Ausnahmegesetzes war er Landesvertrauensmann der Partei bis zum 1. April 1905. Als nach Uebernahme des Verlages der „Medlenb. Volks-Zeitung“ von der Partei sich die weitere Anstellung einer Kraft in der Expedition notwendig machte, fiel die Wahl auf Genossen Erdbeer. Im Jahre 1909 wählten ihn die Parteigenossen in das Stadtparlament. Lange Jahre, bis zu seinem Tode, bekleidete er auch den Posten eines Vorsitzenden in der Allgemeinen Christenbrüderkassen. Nun hat der Tod seinem siebenjährigen Leben ein Ziel gesetzt. Die Partei wird sein Andenken in Ehren halten.

Die Kieler Parteiorganisation beklagt den Tod des Genossen Ernst Cappel. Geboren 1858, kam er Anfang der 80er Jahre als Metallarbeiter nach Kiel. Im Jahre 1890 wurde er Berichterstatter und Akquisitor der „Norddeutschen Volks-Zeitung“. Als in Kiel die örtliche Parteiorganisation eben wieder neu entstand, war Genosse Cappel einer von den ersten, die dem Verein beitrugen. Bei der Gründung der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“ trat er in das Geschäft ein als Annoncenakquisitor, einen Posten, den er bis zu seinem Tode innehatte. Im Jahre 1907 berief ihn die Kieler Parteigenossenschaft in das Stadtparlament. Dort hat er mit glühendem Eifer sich Jahre hindurch für die städtische Arbeitslosenversicherung eingesetzt. Seit längerem Jahren plagte ihn ein Herz- und Lungenleiden, dem er nun leider erlegen. Die Kieler Parteigenossenschaft wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Aus den Organisationen.

In einer Vertrauensmännerversammlung des Bochumer Wahlkreises referierte der Kandidat des Kreises, Genosse Otto Due, über „Die gegenwärtigen Parteifragen“. Gegen eine Stimme und bei drei Stimmenthalungen wurde dann folgende Resolution Stämmcher angenommen:

Die Kreisversammlung des Wahlkreises Bochum-Gelsenkirchen-Dattingen-Bitten, von 22 Vertrauensleuten besucht, erklärt sich mit den auf die Kriegereignisse bezugnehmenden Beschlüssen und Aktionen des Parteiaussschusses und des Parteivorstandes einverstanden. Sie erachtet in den vorbenannten Körperschaften die verantwortliche Vertretung der Gesamtpartei bis zum nächsten Parteitag. Von diesen Körperschaften erwartet sie, daß sie auch fernweh nichts unternehmen, sondern alles bekämpfen, was die Landesverteidigung schwächen kann, damit der Abschluß eines annehmbaren Friedens, der auch einen dauernden friedlichen Völkerverständigung dienlich ist, nicht hinausgeschoben wird. Die Konferenz ist überzeugt, daß die verantwortlichen Parteinstanzen auch fernweh... Dasselbe wird auch durch die geschäftige und verlegerische Bekämpfung der deutschen Sozialdemokratie durch die „Berliner Tagwacht“ und ihre Hintermänner herbeigeführt, die lediglich auf eine Zersplitterung und Schwächung unserer Partei hinausläuft! Dagegen protestiert die Konferenz und fordert die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen auf, alle diese Bestrebungen energisch zurückzuweisen.

Die Konferenz erwartet vom Parteivorstand und der Fraktion die weitere energische Fortführung des Kampfes gegen den Lebensmittelpreisanstieg, und daß sie mit allem Nachdruck von der Regierung Maßnahmen zur Sicherstellung der neuen Ernte für die Volksernährung verlangen. Um eine Verringerung der drückenden Steuerlast zu erreichen, ist ein weiteres Eingreifen durch die Kommunen dringend geboten, welche zu niedrigen Preisen verkaufen sollen, um damit der Profitsucht, namentlich des Großhandels, entgegenzuwirken. — Die Regierung hat aber für alle Lebensmittel die Höchstpreise im Volksinteresse möglichst niedrig zu setzen, damit die Kommunen der Bevölkerung gerecht werden können.

Ein in der Resolution erst enthaltener Passus gegen Genossen Danse wurde auf Wunsch des Referenten zurückgezogen, soll aber dem Parteivorstand mitgeteilt werden.

Die Bezirksleitung für die Wahlkreise Minden-Säbbede, Verford-Halle, Viesefeld-Wiedenbrück, Paderborn-Süren, Warburg-Höxter, Lippstadt-Grilpen, Lingen-Neppen, Schaumburg-Lippe, Lippe usw. breitet unter der Ueberschrift „Die sozialistische Pflicht der Stunde“ eine kurze Darlegung über Sozialdemokratie und Krieg, in der es heißt: Nach einer Aussprache mit den Parteigenossen unseres Bezirkes bringen wir die volle Uebereinstimmung mit der Haltung der Mehrheiten der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes zum Ausdruck. Wir glauben in der Annahme nicht fest zu gehen, daß die Haltung beibehalten und im besonderen alles getan wird, um den ärmeren Volksschichten eine ausreichende und billige Lebensmittelversorgung, sowie eine umfassende Wohlfahrtspflege zu sichern... Der Beschlußfassung des Parteiaussschusses am 1. Juli, die sich ganz besonders gegen die parteischädigenden Treibererichtete, stimmen wir zu und erwarten, daß alle Genossen jetzt — unbeschadet ihrer etwa abweichenden Meinung — Disziplin üben und damit die wichtigste Parteipflicht erfüllen.

Eine Konferenz der Vertrauensleute Breslaus und Mittelschlesiens nahm nach eingehender Aussprache folgende Resolution an: Die Konferenz der Vertrauensleute Breslaus und Mittelschlesiens dankt dem Parteivorstande für die ernstlichen und andauernden Verhandlungsversuche mit den Sozialisten der anderen Länder und er sucht ihn, trotz aller Enttäuschungen, seine Bemühungen im gleichen Sinne fortzusetzen.

Die Konferenz billigt die bisherige Haltung der Reichstagsfraktion und sieht bis jetzt weder einen Anlaß, noch eine Möglichkeit, diese Haltung zu ändern. Ein solcher Anlaß läge erst vor, wenn...

Aus diesen Gründen weist die Konferenz die Vorwürfe der sogenannten Opposition und des Ausfalls „Das Gebot der Stunde“ als unberechtigt und parteischädigend zurück.

Sie erlaubt den Vorstand der Partei und die Reichstagsfraktion, noch schärfer als bisher dem Lebensmittelpreisanstieg entgegenzutreten und gesetzliche Maßnahmen dagegen zu beantragen, da die Tätigkeit der Arbeiter das deutsche Volk nicht weniger gefährdet als feindliche Ausschungspläne.

Die Konferenz erachtet die Fraktion, eine gangbare soziale Regelung der Wohnungs- und Bekleidungsfrage sämtlicher Kriegsteilnehmer zu beantragen und die stellvertretenden Stabskommandeure aufzufordern, daß sie alle die Arbeiterbewegung einschränkende Bestimmungen aufheben, die im Interesse der Landesverteidigung nicht unbedingt geboten sind.

Schließlich wird die Fraktion aufgefordert, beim nächsten Zusammentritt des Reichstages eine Erhöhung der Unterstützung der Kriegerfrauen zu beantragen.

Der erste, vierte, fünfte und sechste Absatz der Resolution wurde einstimmig angenommen, Absatz 2 gegen sieben Stimmen, Absatz 3 gegen zehn Stimmen, bei insgesamt 79.

In Wiesbaden fand am letzten Sonntag eine Vertrauensmännerversammlung des Wahlkreises statt, in der der Kandidat des Wahlkreises, Genosse Lehmann-Mannheim, ein Referat über „die politische Lage“ hielt. In einer im Sinne des Referats gehaltenen Resolution wurde gefordert, mit Entschiedenheit eine Verringerung der in letzter Zeit betriebenen Parteipolitik? Im weiteren wird auf den veränderten Charakter des Krieges und die von bürgerlichen Politikern verkündeten... Bezug genommen und verlangt, daß dem gegenüber die Partei eine andere Taktik einschlägt. Diese beiden Sätze der Resolution wurden einstimmig angenommen. Der nachfolgende Satz: „Die Vertrauensleute verwahren sich entschieden gegen die Versuche der verschiedenen Parteinstanzen, das elementare Recht der freien Meinungsäußerung durch Wort und Schrift den Parteigenossen zu beschränken, wenn deren Meinung auch noch so schroff abweicht von der des Parteivorstandes“, wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Baumwollspinnerei Wittweida beabsichtigt, eine Dividende von 20 Proz. auszuschütten. Im Vorjahre waren ebenfalls 20 Proz. vorgeschlagen, es gelangten aber nur 16 Proz. zur Ausschüttung.

Bei der Hartung Akt.-Ges., Berliner Eisengießerei und Gußstahlfabrik, stellt sich der Bruttogewinn für das am 31. März d. J. beendete Geschäftsjahr 1914/15 auf 500 805 M. (l. W. 195 955 M.). Nach Verrückung der allgemeinen Unkosten sowie der Abschreibungen, und zwar der letzteren mit 104 111 M., war es möglich, den aus dem Vorjahre mit 86 385 M. übernommenen Verlustvortrag zu tilgen und außerdem noch einen Reinerlös von 4017 Mark zu erzielen. Wie in dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes hierzu ausgeführt wird, haben die Verhältnisse der Gesellschaft einige Wochen nach Kriegsausbruch durch Anfertigung von Kriegsmaterial volle und lohnende Beschäftigung gefunden.

Die Aktiengesellschaft Gamma, Stearinfabrik in Hamburg, erhöht ihre Dividende von 7 auf 10 Proz.

Krieg und Montanindustrie in Oesterreich.

Einem Artikel des Generaldirektors der Prager Eisenindustrie-gesellschaft Wilhelm Kostaneel ist zu entnehmen, daß heute in Oesterreich fast die gesamte Eisenerzeugung ausschließlich und endlich den Zwecken des Heeres zufließt. In den letzten Monaten berzeichnen die Vorkriegsdaten der Eisenindustrie größeren Abfall als in dem dem Kriegsausbruch vorangegangenen Zeitabschnitt. Der inländische Absatz des Eisenerzstoffs an Halb- und Ganzfabrikaten betrug (in der Stamme die Zahlen für die entsprechenden Monate des Jahres 1914) im Januar 791 000 Doppelzentner (788 000), Februar 845 000 (800 000), März 1 105 000 (1 078 000), April 980 000 (941 000), Mai 808 000 (855 000). Die Ver minderung im Mai wird auf die Verkehrserschwerung durch den Beginn des Krieges mit Italien zurückgeführt. Die Hüttenwerke sind bis an die Grenze ihrer gegenwärtigen Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die Roheisenproduktion beträgt 90 Proz. des normalen Ausmaßes, der Stahl ist darüber hinaus-gelommen, wobei noch der Ausfall der ausländischen Eisenerzeinfuhr von über 9,4 Millionen Doppelzentner, wovon 7 Millionen aus Schweden, zu bedenken ist. Die Ausfuhr an Eisen- und Stahl-fabrikaten ging natürlich auf ein Minimum zurück. Auch die öster-reichische Eisenindustrie hat große Anpassungsfähigkeit bewiesen und die hohen Eisenzölle haben dem Kartell auch im Kriege seine Gewinne gesichert.

Aus Groß-Berlin.

Die Stiefelpummaschine.

In einem hiesigen Blatte lesen wir folgende Notiz:
 Unter den neuesten Erzeugnissen der Berliner Elektrizitätswerke befindet sich eine elektrisch betriebene Stiefelpummaschine. Sie besteht aus einem kleinen Elektromotor mit angebautelem Zahnradsorgelege und Wellenverlängerung zur Aufnahme der Reinigungsbürsten und Polierkeulen. Die Maschine kann an einen Tisch angeschraubt werden. Beim Reinigen wird das Schuhwerk auf eine Hand gesteckt und schnell um die Bürste geführt. Eine Hartbürste dient zum Entfernen des am Schuhwerk haftenden Schmutzes, eine Weichbürste zum Polieren. Für Gegenlebensschuhe sind Filzschleiden vorhanden. Die Leistungsfähigkeit der elektrischen Stiefelpummaschine soll ganz bedeutend sein: 100 Paar Schuhe in der Stunde!
 Die Erfindung der Stiefelpummaschine ruft Erinnerungen wach, die vor etwa 25 Jahren in aller Öffentlichkeit zwischen Eugen Richter und unserem Genossen Webel stattfanden. Webel hatte über die technische Entwicklung der Zukunft die weitesten Perspektiven aufgestellt und dargelegt, daß die menschliche Arbeitskraft durch die Maschinenteknik immer mehr überflüssig werde, die Maschine aber in der Hand der Gesellschaft zum allgemeinen Wohle der Menschheit werden kann. Eugen Richter erwiderte in seinen Betrachtungen über die Unmöglichkeit des sozialistischen Zukunftsstaates, daß auch dann noch Arbeiten niederen Grades, wie das Stiefelpumpen eine sei, von bestimmten Personen geleistet werden müssen und daß dieses Moment gegen einen sozialistischen Staat spreche. Webel erklärte, dieser Einwand sei hinfällig, da ja niemand wissen könne, wie die Verhältnisse in absehbarer Zeit sich gestalten würden; er könne sich aber sehr wohl denken, daß selbst das Stiefelpumpen noch von einer Pummaschine ausgeführt werden könnte. Die Stiefelpummaschine ist längst erfunden. Zu welcher Leistungsfähigkeit sie entwickelt werden kann, zeigt die obige Meldung.

Die Einsichtnahme in die Wählerliste.

Die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl, die in der Zeit vom 15.—30. Juli zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt waren, sind diesmal in so geringem Umfange eingesehen worden, wie nie zuvor. Obgleich im Herbst Stadtverordnetenwahlen bevorstehen, ist sie nur von 558 Personen eingesehen worden, wovon nur 5 Einwendungen erhoben haben. Im vorigen Jahre lag die Wählerliste kurz vor Ausbruch des Krieges öffentlich aus. Damals hatte sie keine Bedeutung, weil keine Wahlen stattfanden. Anders 1909, 1911 und 1913. In diesen Jahren wurden die Listen von 75 247, 77 785 und 82 116 Personen eingesehen. Die Einwendungen erreichten 1913 die Höhe von 2302.

Sittlichkeitsvergehen.

Die Verhaftung des Oberlehrers Dr. Otto Jensen, die seiner Zeit großes Aufsehen erregte, hatte gestern ein gerichtliches Nachspiel vor der Ferienkammer des Landgerichts III. — Der 46-jährige Dr. phil. J. wurde aus der Untersuchungshaft vorgeliefert, um sich wegen qualifizierter Sittlichkeitsverbrechen in drei Fällen zu verantworten. In dieser Sache stand schon einmal Termin an, der aber der Vertagung anheimfiel, da der Angeklagte plötzlich mit der Behauptung hervortrat, er sei geisteskrank im Sinne des § 51. Das Gericht ordnete daraufhin die Beobachtung des Angeklagten durch den Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Stoermer an. Dieser kam zu dem Gutachten, daß der § 51 bei Dr. J. nicht in Anwendung zu bringen sei. Dagegen sei der Angeklagte infolge erheblicher Belastung und vorhandener neuropathischer Veranlagung ein im gewissen Sinne minderwertiger Mensch. — Die Verhandlung ergab, daß der Angeklagte, der bei der königlichen Elisabethschule angestellt gewesen war, zu mehreren Schülerinnen in Beziehungen getreten war. So hatte er u. a. mit der seiner Zeit 16-jährigen Schülerin E. etwa vier Jahre ein Liebesverhältnis unterhalten. Die Zusammenkünfte fanden teils in der Schule selbst, teils in der Wohnung während der Abwesenheit der Ehefrau des Angeklagten statt. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf den großen moralischen Schaden, den Jensen angerichtet habe, 1 1/2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Rechtsanwalt Dr. Lee hielt in einem Falle der Anklage die Freisprechung für geboten, im übrigen ersuche eine mildere Strafe angebracht, da der Angeklagte ein minderwertiger, willensschwacher Mensch sei, der den direkten Verlockungen der halbwachsenden Mädchen, welche ihn mit glühenden Liebesbriefen überhäuft hätten, unterlegen sei. — Das Gericht berücksichtigte dies auch bei Bemessung der Strafe und verurteilte den Angeklagten zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 4 Monaten der Untersuchungshaft. In einem Falle erfolgte Freisprechung.
 Der Angeklagte, der sich freiwillig beim Militär stellen will, wurde aus der Haft entlassen.

Aufsichtsratsitzung der A. E. G.

In der heutigen Aufsichtsratsitzung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wurde über die befriedigende Geschäftslage berichtet und über einen Plan Beschluß gefaßt, der die langjährigen Beziehungen zu den Berliner Elektrizitätswerken noch enger zu gestalten bestimmt ist. Die allgemeine Lage stellt die A. E. G. vor die Aufgabe, durch Vermehrung und Ausbau ihrer Fabrikationszweige für die Möglichkeit einer vorübergehenden Einschränkung der Auslandstätigkeit einen Ausgleich zu schaffen. Für solche Ausdehnungen kommen in erster Reihe ökonomische Stromerzeugungsanlagen in Betracht. Der Grubenbesitz der A. E. G. im Bitterfelder Revier ist für solche Zwecke bestimmt und neuerdings noch erweitert worden. Die Absicht, diese Kohlenlager für die Berliner Stromversorgung nutzbar zu machen, ließ sich nach den Entschlüssen der Stadtverwaltung nicht verwirklichen. Infolgedessen gewinnen die A. E. G., die bis dahin ein reines Betriebsunternehmen gewesen waren, in vorwiegendem Maße den Charakter eines spezialisierten Industrieunternehmens, dessen Entwicklung nicht wie bisher lediglich auf dem Wachstum einer Großstadt beruht, sondern von den Handelskonjunkturen einzelner Erzeugnisse abhängig wird. Den Aktionären der A. E. G. soll ermöglicht werden, sich von den unvermeidlichen Risiken einer zum Teil auf neue Grundlagen zu stellenden industriellen Entwicklung zu befreien, die auch mit zeitweiser Senkung der Erträge verbunden sein kann. Im Rahmen der gesamten Unternehmungen der A. E. G. vermindern sich solche Bedenken, weil die A. E. G. durch die Vielseitigkeit ihrer Interessen und ihre bedeutenden Reserven eine größere Stetigkeit der Entwicklung erwarten läßt. Die Verwaltung der A. E. G. beabsichtigt, den Aktionären der A. E. G. den Laus von je 4000 M. A. E. G. Stammaktien ausschließlich Gewinnanteilschein für 1914/15 gegen 8000 M. A. E. G. Aktien mit halber Dividendenberechnung für 1915/16 vorzuschlagen. Den Aktionären der A. E. G. verbleibt somit der Gewinnanteilschein für die Zeit vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1915, vorbehaltlich der Genehmigung durch die außerordentliche Generalversammlung, die auf den 8. September einberufen wird, soll für den Umtausch eine Frist vom 6. bis 15. September ein schließlich gestellt werden. Zur Abrundung soll das Grundkapital der A. E. G. über das durch Umtausch sich ergebende Ergebnis noch um 2 025 000 M. Stammaktien erhöht werden, die ein Bankentfortium übernehmen würde.

Spenden aus der Kühnischen Stiftung.

Aus der unter der Verwaltung der Stiftungsdeputation stehenden Ernst Kühnischen Stiftung sollen am 27. September jedes Jahres

Unterstützungen von wenigstens 100 M. an notleidende, in Berlin wohnhafte, selbständige Schriftsteller, Buchdrucker und Gehilfen sowie von wenigstens 50 M. an notleidende, in Berlin wohnhafte Witwen oder eheliche Töchter von verdienstvollen, zuletzt in Berlin wohnhaft gewesenen Schriftstellern oder Buchdruckern — ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses — vergeben werden. Gesuche mit Angabe über die Dauer des Aufenthalts in Berlin sind innerhalb 14 Tagen an die Städtische Stiftungsdeputation, Poststraße 16, einzureichen.

Menschenleben in Gefahr! Dieser Ruf alarmierte gestern nachmittag die Berliner Wehr nach der Ecke der Scherer- und Reinickendorfer Straße. Dort war im Keller der Großdestillation von Hermann Spizer aus noch nicht ermittelter Ursache, angeblich beim Abfüllen von Spiritus, Feuer ausgebrochen. Als der Automobillöschzug aus der Parkstraße an der Brandstelle anlang, schlugen die Flammen aus dem Keller hell empor. Aus dem Keller hörte man eine Stimme, die laut um Hilfe rief. Mit drei Rohren von Motorpumpen wurde kräftig Wasser gegeben. Nach dem Ablöschen des Brandes fand man den Inhaber der Großdestillation mit Brandwunden am Boden liegend. Samariter der Wehr legten ihm Notverbände an.

Ein gerissener Pferdehieb treibt in Groß-Berlin sein Unwesen. Der Spießhieb halbwegs die Straße von Fuhrunternehmern usw. aus und macht sich dann mit den Bewohnern der Kautschuk- und des sonstigen Bedienungspersonals vertraut. Diese Kenntnis benützt der Dieb, um Knaben, denen gegenüber er sich als Kautschuk der betreffenden Firma ausgibt, zu beauftragen, ihm doch sein Pferd aus dem näher bezeichneten Stalle zu holen. Tatsächlich sind dem Gauner auf diese Weise allein in Schöneberg und im Westen Berlins drei wertvolle Pferde in die Hände gefallen.

Vor einem Fernsprechschwindler, der in Neukölln aufgetreten ist, werden Geschäftskunde gewarnt. Gestern prellte er eine Zigarrenhandlung in der Kaiser-Friedrich-Straße. Dort bestellte jemand, als die 15 Jahre alte Tochter der Geschäftskunde allein zu Hause war, 200 Zigarren und 100 Zigaretten einer bestimmten Marke nach der Stuttgarter Straße 57. Bei der Ablieferung der Ware traf dann die Lieferbringerin am Eingang zur Stuttgarter Straße einen Mann, der sie nach den bestellten Zigarren und Zigaretten fragte. Derselbe erklärte, er sei eben im Geschäft gewesen und habe die Ware bezahlt; darauf wurde ihm diese überlassen. Bei der Rückkehr der Botin stellte sich dann der Betrug heraus. Der Schwindler ist 1,70—1,75 Meter groß, steht etwa am Ende der dreißiger Jahre und hat einen dunkelblonden Schnurrbart.

Das städtische Obdach im Juli. Die Belegung des nächtlichen Obdach hat auch weiterhin eine sehr erhebliche Abnahme erfahren; sie belief sich im letzten Juli auf 4917 gegenüber 42 546 im Juli 1914. In den Monaten Mai, Juni und Juli des Jahres 1914 betrug die Belegung des nächtlichen Obdach 184 061, in der gleichen Zeit dieses Jahres dagegen 16 100.

Die Messerscherei in Schöneberg, über die wir gestern berichteten, hat sich, wie wir gebeten werden mitzuteilen, nicht vor dem Lokal des Haderpeter abgesetzt, sondern auf der Straße vor dem Grand Café, in dem die Streitenden vorher gefessen haben.

Keine Nachrichten. In einem Anfall von Schwermut stürzte sich die 82-jährige Frau D. aus dem zweiten Stockwerk ihrer im Hause Johannastraße 72 zu Brigg gelegenen Wohnung. In hoffnungslosem Zustande wurde sie nach dem Wrieger Krankenhaus geschafft. — Am Havelischen Ufer wurde aus dem Landwehrkanal die Leiche eines Mannes in mittleren Jahren gefischt. Bekleidet war der Tote mit dunkelgrauem Anzug, grauem Wollhemd und Gummihandschuhen. Eine vorgefundene Lohnabrechnung lautete auf den Namen Liebrecht Harke. — Im Flur des Hauses Markfließstraße 6 wurde ein Paket gefunden, das die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. — Eine fast zweifelhafte Störung im Straßenbahnverkehr wurde am gestrigen Mittwoch im Stadtteil Moabit dadurch verursacht, daß ein mit Kohlen beladener Wagen, dessen rechtes Hinterrad gebrochen war, das Gleis in der Richtung nach dem Weddingplatz spernte. Während der Dauer der Störung mußten die Wagen der dort verkehrenden Linien umgelenkt werden. — In der Spandauer Straße zu Charlottenburg lief gestern der zweijährige Kurt Pöplow unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnzuge der Linie N auf das Gleis und wurde, da der Führer den Zug auf eine so kurze Entfernung nicht zum Stehen bringen konnte, umgestoßen. Der Kleine geriet unter den Vorderperron, wurde jedoch von der Rangvorrichtung aufgenommen und kam mit einer Beule davon. — Ein weiterer Unfall hat sich in Schöneberg zugetragen. In der Hauptstraße fuhr der 12-jährige Schüler Hermann Müller mit seinem Zweirad kurz vor einem aus entgegengeleiteter Richtung kommenden Straßenbahnwagen der Linie 88 auf das Gleis und wurde umgestoßen. Der Knabe geriet unter die Vorderplattform und trug eine Gehirnerschütterung davon, die seine Aufnahme in das St. Robert-Krankenhaus erforderlich machte.

Aus den Gemeinden.

Städtischer Lebensmittelverkauf in Schöneberg.

Der Verkauf von Speck und Schmalz findet nur gegen Ausweisarten statt. Die Ausgabe dieser Karten erfolgt in den zuständigen Bezirkskommissionen nur an Schöneberger Einwohner. Als Ausweis dafür gilt die Steuerkarte oder der Mietkontrakt. Die Ausgabe der Karten findet vom 11. bis 14. und vom 20. August 1915 ab statt, nachmittags von 5—7 Uhr. Vom 15. bis 25. August sind die Bezirkskommissionen für Ausweisarten geschlossen. Die Ausweisarten gilt nur für den Haushalt. Vor- und Juname sowie Wohnung sind vom Haushaltungsvorstand selbst auszufüllen. Die Ausweisarten berechtigt zur wöchentlichen Entnahme von Schmalz und Speck in den in der städtischen Verkaufsstelle in der Feurigstr. 4 bekannt gemachten Höchstmengen.

Zu bedauern ist, daß die Ausgabe der Karten nicht täglich stattfindet, um jedem Gelegenheit zu geben, sich eine derartige Karte zu besorgen. Auch werden die Einschränkungen an und für sich bedauert, die die ganze Ausweisarten mit sich bringt.

Aus der Gemeindevertretung Weiskenee.

Für die kaufmännische Fortbildungsschule bestand ein Vertrag mit der Potsdamer Handelskammer, wonach diese die Aufsicht ausübte und den Leiter der Schule bestätigen konnte, dafür zahlte sie auch in früheren Jahren die fehlende Summe der entfallenden Kosten. Die Lehrer zahlen ein Schulgeld, die Potsdamer Handelskammer den Rest. Die Gemeinde sorgte für Schulräume, Beheizung und Licht. Nachdem gestattete sich der Vertrag so, daß der Staat, die Handelskammer und die Gemeinde je ein Drittel der Kosten tragen mußten. Jedoch wollte die Handelskammer von ihren alten Rechten nichts preisgeben und seit ein paar Jahren waren Differenzen entstanden, die die Gemeinde veranlassen, auf Lösung des Vertrages hinzuwirken. Die Potsdamer Handelskammer ging darauf ein, wollte aber das bisher aufgewendete Geld zurückstattet haben. Die Gemeindevertretung beschloß, das Vertragsverhältnis zu lösen, aber die Zurückzahlung des Geldes abzulehnen.

Einsichtnahme in die Wählerliste.

Die Liste der stimmfähigen Spandauer Einwohner liegt vom 15. bis 30. August im Zimmer 254 des Rathauses während der Dienststunden zur Einsicht aus. Die Liste für die Stadtteile Siemensstadt und Haselhorst liegt in der gleichen Zeit im Magistratsbüro Siemensstadt, Ronnendammallee 95/96, aus. Etwasige Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste sind innerhalb der Auslegungsfrist beim Magistrat anzubringen. Für diejenigen Wähler, die am Tage keine Zeit haben, wird Genosse Köppen, Breitestr. 64, die Einsichtnahme in die Wählerliste erledigen. Für den Stadtteil Siemensstadt hat Genosse Marxand, Märkischer Steig 6, die Einsichtnahme in die Wählerliste übernommen.

Die „Freie Turnerschaft Tempelhof-Mariendorf“ veranstaltet am Sonntag, den 15. August, ein öffentliches Turnen ihrer Abteilungen auf ihrem Spielplatz in Tempelhof, Teufelstraße, gegenüber der Schokoladenfabrik von Sarotti. Nachdem folgt ein gemütliches Beisammensein. Anfang 3 Uhr. Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.

Parteiveranstaltungen.

Schönau bei Jepernick. Sonnabend, den 14. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Damerow: Bahlabend.

Frauenleseabende.

Röntgenal. Jepernick. Buch. Der Frauenleseabend findet am Sonnabend, den 14. August, bei Lange, Siemensstraße, statt. Vortrag des Genossen Schwarzburger.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Mariendorf. Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, im Rathausgebäude, Saal, Kaiserstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Wuchtscheit und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Anträge werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsanfrage beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Ag. 1896. Da die Landsturmpflicht vom 17. bis 45. Lebensjahre dauert, bedarf es nicht erst der Zustimmung des Reichstages, um den Jahrgang 1896 einzulösen zu können. — **C. J. 45.** Als Erbin hatten Sie jetzt für die Mietschuld. — **A. 18.** Geringe atmatische Beschwerden, dienstfähig. — **C. S. 210.** Wenden Sie sich mit einem Schreiben an den Hauptmann der Kompanie. — **Ag. 35.** Die Mutter hat kein Anrecht auf die Pension; sie könnte, da der Sohn sie unterhält, sich aber Antrag auf Artgeldersatz bei der Polizeibehörde stellen. — **L. Str. 99.** Der Lohn kann wegen Kontraktbruch einbehalten werden. Kontraktbruch würde vorliegen, wenn ohne Einholung der vereindeten dienstdienstlichen Anordnungsfrist, die gesetzlich zulässig ist, die Arbeitsstelle aufgegeben wird. — **M. S. 33.** Unterleibsbruch und Krankheit der Unterleibsorgane; dienstfähig für die Fahrschule. — **T. R. 108.** Sie sind nicht berechtigt, die Zahlung der Miete deshalb einzustellen. Sie können den Hauswirt auffordern, innerhalb einer angemessenen Frist den Schaden auszubessern. Kommt er dem nicht nach, können Sie die Reparaturen auf seine Kosten vornehmen lassen und den Betrag von der Miete in Abzug bringen. 2. Auch in diesem Fall ist die Zahlungseinstellung nicht zulässig; ebenso wenig können Sie einen Mietsnachlaß deswegen erlangen. Sie könnten höchstens auf Lösung des Mietvertrages klagen, da die Wohnung sich in einem unzumutbaren Zustand befindet. Beweis dafür aber müssen Sie durch ein ärztliches Attest oder durch die Baupolizei bringen. — **B. 100.** Ohne weiteres könnten Sie deshalb nicht ziehen; Sie müßten auf Lösung des Vertrages klagen. — **M. R. 100.** Der Armeerechtsanwalt untersteht wie jeder andere Soldat der Heerespflicht. — **M. 15.** Wenden Sie sich an das zuständige Amtsgericht. — **G. S. 86.** 1. Wenn Sie von der Obererziehungscommission ausgemustert sind, wird eine Nachmusterung nicht mehr erfolgen. 2. Ja. — **C. R. 19.** Wenn der Hauswirt keinen Mietsnachlaß gewährt, laufen Sie Gefahr, keine Mietsunterstützung zu erhalten. — **G. S. 99.** Lungen- und Herzleiden; landsturmpflichtig. Sie können also eingezogen werden. — **G. S. 28.** 1. und 2. Ja. 3. Das Testament kann im Hause aufbewahrt werden. — **C. J. 3.** Wenn der Mann eingezogen ist, kommt die Militärinvalidenrente in Betracht. — **M. R. 68.** Da Klage wegen Verletzung eingeleitet ist, müssen Sie zu der Verhandlung vor dem Landgericht einen Rechtsanwalt mit Ihrer Vertretung beauftragen. Mit dem müssen Sie alles weitere besprechen. — **Reinickendorf-Weiß 99.** 1. und 2. Rein. **B. J. 47.** 1. Inlandsteuer; gamschöndlerverwendungslos. 2. Ja. 3. Wenn Sie einberufen werden, können wir nicht wissen. — **T. 5.** Rein. — **R. 1915.** 1. Wegen Krankheiten des Nervensystems auf drei Monate zurückgestellt. 2. Schlechte Jähne; landsturmpflichtig. 3. Das entscheidet der Militärarzt. — **C. S. 29.** Ein Antrag zur Weitervericherung in der Krankenkasse besteht nicht. Sollte der Mann fallen, erhält die Frau das Sterbegeld, wenn die Versicherung fortgesetzt wurde. — **C. J. 100.** 1. Die Frau erbt 1/2, der Sohn 1/2. 2. Wenn es den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, ist auch das selbstgeschriebene Testament rechtsgültig. — **M. 14.** 1. Nach den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches hätte die Wohnung am 3. Oktober zum 1. Januar gekündigt werden müssen, wenn im Mietvertrag nichts anderes vereinbart ist. 2. Rein. Käufer der Frau sind die Eltern und Geschwister erstberichtigt. — **200.** **M. 6.** In diesem Fall wird die im Gesetz vorgeschriebene Verbindlichkeit verneint werden; die Unterstützung kann Ihnen dann entzogen werden. Die Bezeichnung bedeutet herzkrank; landsturmpflichtig.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche Land bis Freitagmittag. Nimmlich warm, bei vorübergehender Zunahme der Bewölkung. Im Westen und Süden vielfach Gewitter mit etwas Abkühlung. Im Küstengebiet keine erheblichen Niederschläge.



ist seine Ausgiebigkeit sehr groß - - -

und darin liegt seine Billigkeit. Heutzutage muß jeder sparen. „Kriegs-Kornfränk“ ist ein vorzüglicher Kaffee-Ersatz. Die sorgfältige Auswahl geeigneter Rohstoffe und deren glückliche Zusammensetzung verschaffen dem Getränk seinen angenehmen Geschmack und Geruch. „Kriegs-Kornfränk“ ist überall zu haben. Ganzes Paket 50 Pfg., halbes Paket 26 Pfg.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands
 Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Heute Donnerstag, den 12. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1.

Zahlstellen-Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 2. Quartal.
 2. Die gegenwärtige Situation. Referent: Kamerad Witt.
 3. Wahl eines zweiten Schriftführers.
 4. Möglichst Erscheinen aller Delegierten ist Pflicht.